

II-1864 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

10.001/39-Parl/84

Wien, am 20. August 1984

An die
Parlamentsdirektion
Parlament
1017 Wien

857/AB
1984-08-29
zu 873/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 873/J-NR/84 betreffend Konsequenzen aus der "Museums-Enquête", die die Abgeordneten Dr. Nowotny und Genossen am 4. Juli 1984 an mich richteten, bühre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1.:

Die Museumsenquête war durch eine erfreulich hohe Beteiligung aus allen interessierten Kreisen gekennzeichnet. Die zum Teil mit großem Engagement vorgetragenen zahlreichen Diskussionsbeiträge haben eine Reihe von neuen Anregungen und Vorschlägen gebracht.

ad 2.:

Auf Grund der Diskussionsbeiträge der Museumsenquête wird zunächst das von einer Arbeitsgruppe vorgelegte vorläufige Konzept einer Neustrukturierung der Bundesmuseen überarbeitet und in eine endgültige Form gebracht werden. Hierbei wird nicht nur auf die künftige Verwendung der ehemaligen Hofstallungen Bedacht genommen werden, sondern

- 2 -

es werden auch Lösungen für andere dringliche museale Probleme gesucht werden, wie z.B. Generalsanierung und Ausbau des Technischen Museums und des Museums für Volkskunde, Errichtung eines Museums der Arbeitswelt, künftige Verwendung des Palais Liechtenstein in der Roßau, Verwendung des Klosters der Salesianerinnen am Rennweg für Zwecke der Österreichischen Galerie u.a. Auf Grund des endgültigen Konzeptes werden sodann Grundlagen für einen vom Bundesministerium für Bauten und Technik auszuschreibenden Architektenwettbewerb für die Adaptierung der ehemaligen Hofstallungen und die damit verbundenen städtebaulichen Möglichkeiten erarbeitet werden.

Auf Grund der weiteren Bearbeitung des Museumskonzeptes und der Ergebnisse des geplanten Architektenwettbewerbes sowie der Beratungen über die Neuadaptierung des Messepalastes werden sodann die erforderlichen Maßnahmen für die Realisierung des Museumskonzeptes gesetzt werden, wobei ein ständiger Kontakt mit der Stadt Wien vorhanden ist und auch auf die Kompetenzen des Bautenministeriums verwiesen werden muß.

4. 11. 1997